

### 35. Deutschlandturnier in Aachen

Vom 02. bis 04. September 2010 findet das nächste Deutschlandturnier der Finanzämter in Aachen statt.

Das Finanzamt Bad Bentheim steht als Teilnehmer für die Sportart Fußball fest.

Für Tennis, Tischtennis, Schach, Kegeln, Bowling, Volleyball-Mixed und Skat müssen die Teilnehmer für den Landesverband Niedersachsen noch benannt und gemeldet werden. Die Kolleginnen und Kollegen die Interesse an einer Teilnahme haben, melden sich bitte **bis zum 31.12.2009** bei Bernd Borgfeld im FA Hannover-Nord per E-Mail unter: [bernd.borgfeld@fa-h-no.niedersachsen](mailto:bernd.borgfeld@fa-h-no.niedersachsen).

## DSTG mit rd. 25 Personen beim Landesgewerkschaftstag des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion (NBB) vertreten Neue Landesleitung des NBB gewählt



Am 22. und 23. Oktober 2009 fand der Landesgewerkschaftstag statt. Delegierte aus mehr als 40 Mitgliedsgewerkschaften wählten die neue Landesleitung in Niedersachsen. Die DSTG war als größte Mitgliedsgewerkschaft mit 17 stimmberechtigten Delegierten vertreten. Rund 30 der ca. 140 Anträge an den Landesgewerkschaftstag der Dachorganisation stammten von der DSTG Niedersachsen.

Nachdem die Delegierten am 22. Oktober 2009 den Geschäftsbericht der vergangenen vier Jahre entgegen genommen sowie über die Neufassung der Satzung entschieden hatten und damit auch die Namensänderung des dbb beamtenbund und tarifunion landesbund niedersachsen in NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion beschlossen war, traten sie in die Wahlgänge zur Wahl der neuen Landesleitung ein. Neben dem Landesvorsitzenden waren insgesamt sechs stellvertretende Vorsitzende zu wählen. Zehn Kandidatinnen und Kandidaten aus den verschiedenen Mitgliedsgewerkschaften hatten sich um eine der Positionen beworben. Vier Wahlgänge waren schließlich notwendig, um nach der Wiederwahl des Landesvorsitzenden Friedhelm Schäfer (111 von 145 Stimmen) die Landesleitung zu komplettieren. Wegen der für den Nachmittag des 22. Oktober anberaumten öffentlichen Veranstaltung wurden die Wahlen erst am Morgen des nächsten Tages beendet.

In den nächsten fünf Jahren werden sich danach die folgenden Kolleginnen und Kollegen als stellvertretende Vorsitzende des NBB für unsere Belange einsetzen: Klaus Grothe (DPoIG Niedersachsen), Heinz-Joachim Henke (BTB Niedersachsen), Martin Kalt (VNSB), Dr. Peter Specke (komba Gewerkschaft), Claudia Starke (Philologenverband Niedersachsen) und Johann Ubben (DVG).

Unser Kollege Arnd Tegtmeier (OV Soltau) konnte nach einer gelungenen Vorstellung seiner Person eine Vielzahl von Stimmen auf sich vereinigen; im vierten Wahlgang unterlag er dann leider doch dem bisherigen

## Aus dem Landesvorstand

stellvertretenden Vorsitzenden Johann Ubben (DVG). Arnd Tegtmeyers Ziel war u.a. auch die Erneuerung der Strukturen der Stadt- und Kreisverbände des NBB. Dass wir auf diese Untergliederungen des NBB angewiesen sind, wurde im Rahmen der Demonstrationen im Februar 2009 hinsichtlich der organisatorischen Umsetzungen deutlich.

Fünf Entschließungsanträge - „Zukunftsland Niedersachsen“, „Rückkehr zur amtsangemessenen Besoldung“, „Demografische Entwicklung“, „Ja zum Berufsbeamtentum“ und „Hände weg vom NPersVG“ - wurden von den Delegierten des Landesgewerkschaftstages verabschiedet. Insbesondere forderten die Delegierten eine Politik mit Perspektive und Akzeptanz für den öffentlichen Dienst. Hierzu gehören der Abbau der bestehenden Unteralimentation und die Rückkehr zur amtsangemessenen Besoldung und Versorgung sowie die erforderliche Personalausstattung.

Da Ministerpräsident Christian Wulff wegen der in Berlin stattfindenden Koalitionsverhandlungen an der öffentlichen Veranstaltung nicht teilnehmen konnte, hatte die Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann die Aufgabe übernommen, das Hauptreferat zur Lage und Zukunft des öffentlichen Dienstes zu halten. Sie stellte fest, dass im Vergleich mit den anderen Bundesländern in Niedersachsen gemessen an den Bevölkerungszahlen unseres Bundeslandes die niedrigste Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst vorherrscht. Weiter stellte sie dar, dass auf die Verwaltung immer mehr und immer komplexere Anforderungen zukämen. Um diesen Anforderungen zu genügen, werden zukünftig hohe Mobilität und Flexibilität mehr denn je ein Baustein für eine funktionierende Verwaltung sein. Das mit dem neuen NBG dargelegte lebenslange Lernen erlange für die Beschäftigten eine immense Bedeutung. Außerdem stellte sie in Aussicht, dass über Punkte, die durch die neue Dienstrechtsreform bisher nicht geregelt worden sind, zu reden sei.

Zu nennen wären hier die Überprüfung des Besoldungs- und Versorgungsrechtes auf die Aktualisierung und Zukunftstauglichkeit sowie auch die Frage von Altersgrenzen und mögliche Altersteilzeitregelungen. Die Ministerin stellte zum Ende ihres Referats heraus, dass ab dem Jahre 2015 mit einem Rückgang der Bewerberzahlen für die Ausbildungsplätze zu rechnen sei. Umso wichtiger ist es, dass der öffentliche Dienst im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft bestehen kann. „Wir sind auf qualifizierte, motivierte Beschäftigte angewiesen, denn sie bilden die Basis unseres Gemeinwesens“, so die Aussage.

Wir von der DSTG sind gespannt, inwieweit hier die Politik eine Umsetzung dieser Aussage vornehmen wird.

Sicherlich ist die Auflösung der Versorgungsrücklage nicht

dazu geeignet, das Vertrauen in eine funktionierende Politik für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu setzen. Die Bildung der Versorgungsrücklage erfolgte, um für die Zahlungen der Versorgungsaufwendungen ab 2018 gewappnet zu sein (Niedersächsisches Versorgungsrücklagengesetz v. 16.11.1999, Nds. GVBl. S. 388). Die jetzige Auflösung setzt einen eingezahlten Betrag in Höhe von rd. 450 Millionen Euro frei, der ab 2018 dann fehlen wird.

Es folgten Grußworte der Fraktionen. Die Grußworte der Fraktionsvorsitzenden Jüttner (SPD) und Dr. Sohn (Die Linke) beschäftigten sich auch mit der Auflösung der Versorgungsrücklage. Aus diesen Beiträgen

*Fortsetzung siehe Seite 9*



*Blick auf das Tagungspäsidium*

### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover  
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de  
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover  
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover  
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.  
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2009 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als die Nachricht bekannt wurde, Robert Enke sei aus dem Leben geschieden, schien die Zeit einen Augenblick still zu stehen. Ein erfolgreicher Torhüter konnte die Last des Lebens nicht mehr tragen. Er war dem Leistungsdruck nicht mehr gewachsen. Durch seinen Freitod und die anschließende Diskussion wurde deutlich, psychische Erkrankungen haben erheblich zugenommen. Daraus die Konsequenz zu ziehen, jedem Verein, jedem Büro, jeder Dienststelle einen Psychologen oder Psychiater zur Seite zu stellen, kann vielleicht so erschreckende Ereignisse verhindern helfen, die Ursachen dieser Entwicklungen werden dadurch aber nicht behoben.

Unser Ministerpräsident hat auf der Trauerfeier für Robert Enke zutreffend festgestellt, in vielen Berufen sei ein erheblicher Leistungsdruck zu spüren. Von uns allen werde regelmäßig erwartet, dass wir funktionieren. Wer das nicht schaffe, werde schnell als Versager abgestempelt. Wir bräuchten jedoch keine fehlerlosen Roboter, wir benötigten Menschen mit Ecken und Kanten, mit allen ihren Schwächen und wunderbaren Eigenschaften, die ein jeder Mensch habe.

Wir benötigen im beruflichen und privaten Umfeld Vertrauen und Anerkennung, eine erträgliche Arbeitsbelastung, eine Gemeinschaft, auf die Verlass ist. Die Realität hat sich leider in eine andere Richtung entwickelt. Man bildet zwar Teams, aber man fördert die Leistungskonkurrenz. Lob und Anerkennung treten in den Hintergrund, das Ganze muss funktionieren. Vertrauen in Aussagen oder

Regelungen des Dienstherrn wird permanent erschüttert.

Unsere Kolleginnen und Kollegen lernen als Finanz- oder Steueranwärter/innen die Anwendung von Gesetz und Recht. Nach der Prüfung heißt es dann, das wichtigste Arbeitsmittel ist der Haken, mit dem die Steuererklärungen zügig „durchzuwinken“ sind. Mit der Anwendung von Gesetz und Recht hat dies nichts zu tun. Vielen Kolleginnen und Kollegen bereitet es erhebliche



Probleme, sehenden Auges Gesetz und Recht links liegen zulassen.

Die jungen Kolleginnen und Kollegen verlassen mit großem Elan die Steuerakademie und engagieren sich auf ihrem Arbeitsplatz. Sie haben gelernt, Einsatz lohne sich, denn das berufliche Fortkommen richte sich nach Eignung, fachlicher Leistung und Befähigung. Die Vorgesetzten sind zufrieden, aber nach der ersten Beurteilung kommt das böse Erwachen, nach der zweiten wird es verstärkt und nach der dritten besteht die Gefahr der Resignation. Im Rahmen dieser Beurteilungen wird zwar betont,

man sei mit der Leistung des / der zu Beurteilenden durchaus zufrieden, aber bei der inzwischen viele Jahre zurückliegenden Prüfung habe man leider nicht so gut abgeschnitten. Dieses Ergebnis wirke nach. Das Versprechen, Einsatz zahle sich aus, erfährt eine ganz andere Dimension.

Lebenslanges Lernen wird heute von den Berufstätigen erwartet. Für Steuerbeamte ist das etwas Selbstverständliches, sind Änderungen des Steuerrechts doch an der Tagesordnung. In der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages wurde pro Monat durchschnittlich mehr als ein Steuerrechtsänderungsgesetz verabschiedet. Nur mit sehr großem Fleiß und überdurchschnittlicher Intelligenz können unsere Kolleginnen und Kollegen die an sie gestellten Anforderungen meistern. Dafür mit überdurchschnittlich langen Beförderungswartezeiten zusätzlich belastet zu werden, demotiviert unsere Kolleginnen und Kollegen und kann auch zu psychischen Erkrankungen führen. Diesem Druck können nicht alle standhalten.

Besonders hart treffen die Beamtinnen und Beamten die gebrochenen Zusagen des Dienstherrn. Drei Beispiele will ich nennen:

1.) In den 80iger Jahren wurde die Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte von 40 Wochenstunden auf 38,5 Stunden reduziert. Als Gegenleistung erhielten unsere Kolleginnen und Kollegen drei Jahre lang nur minimale Gehaltssteigerungen. Sie „erkauften“ sich die Reduzierung der Arbeitszeit. In den 90iger Jahren wurde die 38,5 Stunden Woche mit einem Federstrich wieder in eine 40 Stunden Woche umgewandelt,

## Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

ohne dass eine entsprechende Gehaltsnachzahlung erfolgte.

2.) Ende der 90iger Jahre wollte man neben Beförderungen, die bereits damals zu gering ausfielen, als weitere Leistungselemente Prämien und Zulagen einführen. Diese Leistungsanreize sollten aber nicht zusätzlich aus dem Haushalt erbracht werden, sondern die Beamtinnen und Beamten sollten diese Anreize erst ansparen. Die Erfahrungsstufen wurden gestreckt. Auf dem Landesgewerkschaftstag 2001 des dbb niedersachsen „rühmte“ sich der damalige Innenminister Bartels, die Rechtsgrundlage für die Zahlung von Prämien und Zulagen sei geschaffen worden. Sie wurde aber nicht mit Leben erfüllt. Das den Beamtinnen und Beamten zustehende Geld war eingestrichen worden.

3.) Jahrzehnte verschloss die Politik die Augen vor den auf Bund und Länder zukommenden Pensionszahlungen. Über die Finanzierung von Versorgungsbezügen dachte man nicht nach. Ende des letzten Jahrhunderts erkannte man „urplötzlich“, die Zahl der Pensionäre steige in den nächsten Jahrzehnten so stark an, dass nun sofort Vorsorge getroffen werden müsse. Ein Pensionsfond wurde eingerichtet. Wer geglaubt hatte, dieser Fond werde aus dem Haushalt finanziert, hatte sich geirrt. In den ersten Jahren wurden 0,2 % der Gehaltssteigerungen einbehalten und dem Fond zugeführt. Nunmehr ist der niedersächsische Landtag dem unrühmlichen Vorbild von Frau Simonis gefolgt, hat den Fond aufgelöst, das Geld einkassiert und es nicht an die Beamtinnen und Beamten ausgezahlt.

Diese drei negativen Beispiele verdeutlichen: In den letzten 20 Jahren wurden die Beamtinnen und Beamten mehr als einmal getäuscht. Überrascht es wirklich, wenn bei permanent ansteigendem Leistungsdruck und ständig schwindendem Vertrauen die Zahl der psychisch Erkrankten kontinuierlich ansteigt?

Ein Umdenken der Politik ist leider nicht zu erkennen. Weltfremd ist, wer nun von der Regierungskoalition klare Aus- und Zusagen zum Gesamtkomplex der Entwicklung des Versorgungsrechts erwartet. Wer soll denn neuen Zusagen Glauben schenken? Die Mitglieder meiner Gewerkschaft haben ein gutes Gedächtnis und vergessen die oben beispielhaft aufgelisteten Wortbrüche nicht.

Unser Antrag, ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte zu fordern, hat auf dem Landesgewerkschaftstag des NBB im Oktober in Celle keine Mehrheit gefunden. Wir müssen aber über neue Formen des Miteinander von Politik und Beamtenschaft nachdenken. So wäre es vorstellbar, Besoldung, Versorgung etc. durch Verträge ohne einseitige Kündigungsklauseln zu regeln, denn das Vertrauen in Gesetze und Gesetzgeber ist nicht mehr vorhanden. Es muß ein Verfahren gefunden werden, das ein Verhandeln auf Augenhöhe sicherstellt. Dbb und NBB stehen hier in der Pflicht. Das öffentliche Dienstrecht bedarf auch insoweit dringend der Modernisierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe, Sie können all' diesen Ärger und Verdruss in den kommenden Wochen etwas in den Hintergrund treten lassen. Ich wünsche Ihnen eine ruhige Adventszeit, gesegnete Weihnachten und alles Gute für 2010.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter [www.dstgnds.de](http://www.dstgnds.de).

Im gesonderten **Geschützten Mitgliederbereich** ist der Blickpunkt Niedersachsen auch immer aktuell in elektronischer Form (als pdf-Dokument) zu finden.

### DSTG im Gespräch mit der CDU Landtagsfraktion

Am 07. Oktober 2009 fand das Treffen der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen Dr. Thorsten Eichenauer, Günther Abeling, Reiner Kückler, Thorsten Balster und Uschi Japtok mit dem im Juni 2009 neugewählten haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag Reinhold Hilbers statt. Herr Hilbers hat die Nachfolge unseres bisherigen Gesprächspartners Dr. Bernd Althusmann angetreten, der inzwischen ins Kultusministerium als Staatssekretär gewechselt ist.



(von links): Günther Abeling, Reiner Kückler und Reinhold Hilbers

In seinem Newsletter vom 25. Juni 2009 schreibt Reinhold Hilbers: „Die Erhöhung der Neuverschuldung ist keine Dauerlösung sondern der Krise

*geschuldet. Bereits heute wird in der mittelfristigen Finanzplanung der Weg zum Haushalt ohne Neuverschuldung aufgezeigt. Das Ziel eines Haushaltes ohne neue Schulden werden wir konsequent weiterverfolgen. Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung in 2003 haben wir die Neuverschuldung um über 90 Prozent gesenkt. Wir sind dem Ziel einer Nettoneuverschuldung von null schneller nah gekommen als geplant. Kurz vor dem Ziel hat uns nun die Krise zurückgeworfen. Wir werden aber weiter daran arbeiten, unser Ziel zu erreichen und haben es jetzt für 2017 im Visier.“*

Unser Gespräch mit Herrn Hilbers stand ebenfalls unter dem Zeichen der fehlenden Haushaltsmittel sowie der durch die Finanzkrise bedingten notwendigen zusätzlichen Neuverschuldung.

Das Hauptthema des Gesprächs war das fehlende Personal in der Steuerverwaltung. Kollege Kückler führte aus, dass seit Jahren kein Tarifpersonal eingestellt worden sei. Die Auswirkungen nehmen inzwischen gravierende Formen an; die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen fehlen in den nichtsteuerlichen Bereichen wie Botendienst, Telefonzentrale, Aktenverwaltung etc. Da aber auf die Erledigung dieser Aufgaben nicht verzichtet werden kann, werden diese Aufgaben vermehrt auch von Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes erledigt. Eine Aufgabenverteilung, die äußerst ineffektiv ist, denn - so die DSTG - das steuerlich ausgebildete Personal ist dort einzusetzen, wo es benötigt

wird und es darf nicht in Arbeitsbereichen verwendet werden, für die es überqualifiziert und überbezahlt ist.

In den Jahren 2003 - 2007 hat bisher ein Abbau von Tarifpersonal in einer Anzahl von 562 Arbeitskräfte stattgefunden. In den Jahren 2008 - 2012 wird die Steuerverwaltung 367 Arbeitskräfte verlieren und bis 2020 weitere ca. 850 Tarifbeschäftigte. Daraus folgt, dass in den nächsten 6 Jahren mehr als ein Drittel und in den nächsten 10 Jahren mehr als die Hälfte der Tarifbeschäftigten die Steuerverwaltung verlassen werden.

Hinzu kommen pro Jahr bis 2013 Pensionierungen im Beamtenbereich von rd. 300, danach von rd. 500 pro Jahr.

Diese Abgänge werden durch die kommenden Anwärterzahlen nicht abgedeckt, so dass die Steuerverwaltung auch deshalb auf eine Aufhebung/Lockerung des Einstellungsstopps angewiesen ist.

In den letzten Jahren hat die Steuerverwaltung bereits einen Aderlass erlitten. Unbestritten haben die Beschäftigten der Steuerverwaltung eine Leistung erbracht, die sich sehen lassen kann. Allerdings wird diese Leistung weiterhin nicht ausreichend honoriert.

Leistungszulagen und -prämien sind nicht ausgezahlt worden, Beförderungswartezeiten sind gerade in den Eingangsjahren zu lang. Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes, die sich in der BesGr A 6 BBesO befinden, erledigen Arbeit, die mindestens der Besoldungsgruppe A 8 BBesO zugeordnet ist. Im gehobenen Dienst arbeiten Kolleginnen und Kollegen der BesGr A 9 BBesO auf Dienstposten der BesGr A 11 BBesO und sind somit mit Tätigkeiten befasst, für die sie eigentlich ein Gehalt nach der BesGr A 11 BBesO erhalten müssten.

Dennoch lassen die Beförderungen auf sich warten. Nach Auffassung der DSTGler müss-

## Aus dem Landesvorstand

te gerade für die Berufsanfänger über eine Regelbeförderung nachgedacht werden. Aber stattdessen - und das ist bei den Kolleginnen und Kollegen nicht vergessen - erfolgte die Wegnahme des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.

Die Honorierung der gezeigten Leistung geschieht insbesondere durch eine Beförderung. Um aber Beförderungen nicht nur vereinzelt aussprechen zu können, wäre auch in diesem Jahr ein Stellenhebungsmodell vonnöten, um wenigstens einigen Beschäftigten zu helfen. Herr Hilbers nahm die Forderungen der DSTGler zwar aufmerksam auf, sagte aber gleichzeitig, dass er gerade in diesem Jahr keine Versprechungen machen könne.

Bisher hatten die DSTGler die Gesprächspartner der CDU-Fraktion als durchaus kinder- und familienorientiert erlebt. Das hat sich auch nicht geändert. Die Ausführungen von unserem Landesvorsitzenden hinsichtlich der Einmalzahlung in Höhe von 400,- Euro schon ab dem ersten Kind fanden in Herrn Hilbers einen aufmerksamen Zuhörer.

Gleichermaßen aufmerksam verfolgte er auch die Ausführungen zu dem Haushaltstitel 42701. Es handelt sich hier um einen Betrag in Höhe von 600.000,- Euro, der für die Einstellung von Aushilfskräften bereits im laufenden Haushaltsjahr genutzt wurde. Im Jahr 2010 sind die Gelder notwendig, um die schlimmsten Löcher zu stopfen.

Einig waren sich die Gesprächspartner bei dem Thema Steuervereinfachung. Auch die DSTGler signalisierten, sie würden sich nicht gegen eine Steuervereinfachung wenden. Im Sinne einer Aufgabenerledigung, sowie einer nicht weiter fortschreitenden Arbeitsverdichtung wäre eine Steuervereinfachung ausdrücklich geboten.

## Aus dem Landesvorstand

### **DSTG trifft sich mit der Landtagsfraktion der SPD**

Am 05. Oktober 2009 fand ein Treffen der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen Dr. Thorsten Eichenauer, Günther Abeling, Reiner Kückler und Thorsten Balster mit Vertretern der SPD-Fraktion in den Räumen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Niedersachsen statt.

Von Seiten der SPD konnte unser Landesvorsitzender Dr. Thorsten Eichenauer den Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Heinrich Aller, die Sprecherin der SPD für Haushalt und Finanzen Renate Geuter, das Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen Markus Brinkmann, das Mitglied im geschäftsführenden Fraktionsvorstand Dieter Möhrmann und Wiard Siebels begrüßen.

Die Vertreter der DSTG stellten den anwesenden Mitgliedern der SPD-Fraktion die schlechte Situation der Steuerverwaltung dar. Schon bei den Problemfeldern des Einstellungsstopps im Tarifbereich und der altersbedingten Abgänge in allen Bereichen gab es eine Menge Gesprächs- und Klärungsbedarf.

In den Jahren 2010-2012 werden rd. 300 Altersabgänge jährlich zu verzeichnen sein. In den Jahren 2013-2020 werden sich diese Zahlen auf 500 Altersabgänge erhöhen. Die Vertreter der DSTG stellten hier klar, dass durch die immer dünner werdende Personaldecke die immer größer werdende Arbeitsverdichtung in der Steuerverwaltung nicht mehr aufgefangen werden könnte. Viele weitere Veränderungsprozesse in der Steuerverwaltung und im Steuerrecht sind mit der Personalausstattung nicht mehr umsetzbar. Die angekündigte Erhöhung der Einstellungszahlen für Anwärter kann diesen Negativtrend auch nicht auffangen, so die DSTG-Vertreter. Weiterhin müsste ein eindeutiges Signal der Politik dahin gehend gesetzt werden, die Anwärter nach bestandener Prüfung auch in den Dienst der Steuerverwaltung zu übernehmen.

Außerordentliche Leistungen erfordern natürlich auch eine ausreichende Honorierung. Dies war Anlass genug, die politischen Gäste auf die finanzielle Situation der Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung aufmerksam zu machen. Leistungszulagen und Leistungsprämien wurden bisher nicht an die Beschäftigten ausgezahlt, sondern zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Die Beförderungswartezeiten sind eindeutig zu lang. Besonders in den Eingangssämtern müsste hier eine Verbesserung erfolgen.

Gerade das Urteil des Verwaltungsgerichtes Braunschweig zur amtsangemessenen Alimentation

## Aus dem Landesvorstand

unterstütze diese Forderung.

Beim Thema der Alimentation wurde von unserem Landesvorsitzenden weiter darauf hingewiesen, dass in einem finanzschwächeren Bundesland wie Schleswig Holstein schon ab dem 1. Kind eine Einmalzahlung in Höhe von 400,- Euro gezahlt wird. Hier müsste das Land Niedersachsen für seine Beschäftigten unbedingt eine Nachbesserung durchführen. Bislang beträgt in Niedersachsen



die Zahlung für das 1. und 2. Kind 120,- Euro und erst ab dem 3. Kind jeweils 400,- Euro.

Ein aktuelles Thema bleibt die immer komplizierter werdende Steuergesetzgebung. Anstatt, wie versprochen, die Steuergesetzgebung zu vereinfachen, würden viele Veränderungen zu Verschlechterungen in der Gesetzgebung führen. Diese Problematik wurde ausführlich mit den Vertretern der SPD erörtert und nach Lösungsansätzen gesucht.

In allen Punkten wurde abgestimmt, weitere Gespräche zu führen und an den einzelnen Problemfeldern gemeinsam zu arbeiten!

## Aus dem Landesvorstand

### **DSTG im Gespräch mit der Landtagsfraktion Die Linke**

Am 13. Oktober 2009 trafen die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG Niedersachsen Dr. Thorsten Eichenauer, Günther Abeling, Reiner Kückler, Veronika Deppe, Thorsten Balster und Uschi Japtok mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Manfred Sohn und dem Mitarbeiter der Fraktion im Fachreferat für Haushalt, Finanzen, Wirtschaft und Verkehr Dr. Uwe-Jens Rössel sowie dem Praktikanten in der Fraktion Sören Hartmann zusammen. Dr. Manfred Sohn hatte im Vorfeld gebeten, die Themen „Haushaltspolitik des Landes Niedersachsen“, „Personalsituation in den Finanzämtern“ und „Steuervollzug als politisches Handlungsfeld“ anzusprechen.

Das Thema „Personalsituation in den Finanzämtern“ lag den Vertretern/-innen der DSTG naturgemäß auch sehr am Herzen.

Dr. Eichenauer äußerte Besorgnis hinsichtlich der z. Zt. bestehende Personalausstattung. Die Tarifbeschäftigten wurden in den letzten Jahren um 25 % reduziert, Beamtinnen und Beamte gehen in den nächsten Jahren vermehrt in Pension. Ein Ende bzw. eine Lockerung des seit 2003 bestehenden Einstellungsstopps ist nicht in Sicht. Die geplanten Zahlen für die Einstellung von Nachwuchskräften werden das Personaldefizit nicht auffangen können. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass eine gerechte Besteuerung der Bürger und Bürgerinnen nicht mehr stattfinden kann. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben den Auftrag, die anfallende Arbeit innerhalb eines Jahres mit dem vorhandenen Personal zu erledigen. Dieses gelingt auch; allerdings manchmal angesichts des immer weniger werdenden Personals eben zu Lasten der Qualität bei der Bearbeitung.

Ein Staat funktioniert nur dann, wenn ihm Einnahmen zur Verfügung stehen. Die Höhe der Einnahmen wiederum hänge davon ab, wie gut eine Steuerverwaltung funktioniert. Es ist deshalb unbedingt notwendig, in ausreichendem Umfang qualitativ gute Anwärter einzustellen. In den kommenden Jahren wird es deutlich weniger Schulabgänger geben; die Bewerberlage wird sich deshalb deutlich verändern. Und darauf legen die DSTGler den allergrößten Wert: die Übernahme der Anwärter, die die Laufbahnprüfung bestanden haben, muss gewährleistet sein.

Ein Finanzamt der Zukunft kann nicht dergestalt funktionieren, dass die Steuererklärung in eine Kiste ge-

packt wird, dort einen Eingangsstempel erhält und unten als Bescheid wieder erscheint. Die USA scheinen hier zwar gute Erfolge zu verzeichnen, aber dort existieren bei Steuerhinterziehung auch Sanktionen gravierender Art.

Der DSTG-Landesvorsitzende bat die Fraktion „Die Linke“ um eine positive Begleitung der Forderung nach Stellenhebungen.

Rund 2/3 der 170.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind bei der Polizei und als Lehrer beschäftigt. In beiden Verwaltungen gibt es Beamtinnen und Beamte des gehobenen Dienstes.

Dagegen beschäftigen Steuerverwaltung und Justiz sehr viele Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes, d.h. Kolleginnen und Kollegen, die nach dem Absolvieren der Realschule ein Ausbildungsverhältnis eingegangen sind. In der Steuerverwaltung sind dieses 50 % aller Beschäftigten. Diese Beschäftigten sind im Übrigen im Hinblick auf ihr geringeres Einkommen bspw. mit Umsatzsteuer und anderen Steuern weit über Gebühr belastet.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Einmalzahlung für Familien mit Kindern angesprochen, die bereits ab dem ersten Kind in Höhe von 400,- Euro gezahlt werden sollte. Bisher erfolgte für das erste und zweite Kind eine Einmalzahlung in Höhe von 120,- Euro. Die DSTGler sind der Meinung: „Eigentlich müsste dieses ein „Selbstläufer“ sein, denn alle Parteien haben sich der Förderung von Familien verschrieben.“

Natürlich wird bei Forderungen nach Stellenhebungen auch

immer wieder die Frage der Gegenfinanzierung gestellt.

Dr. Sohn meint, der z.Zt. bestehende Einkommensteuersatz sei zu gering. Zu Zeiten Ludwig Erhards habe der Spitzensteuersatz 63 %, zu Zeiten Helmut Kohls 53 % betragen. Außerdem sollte nach Auffassung Der Linken die Vermögensteuer wieder eingeführt werden. „Man löst die Probleme nicht, indem man die Reichen entlastet“, so Dr. Sohn.

Das Thema Steuervollzug werfe die Frage auf: „Was ist Steuergerechtigkeit? - Es kann nicht sein, dass ärmere Leute brav ihre Steuern bezahlen und reichere Leute sich an ein Steuerbüro wenden“. Bereits im Jahr 2007 habe der Präsident des Bundesrechnungshofes festgestellt, dass der Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht mehr gewährleistet sei. Bisher sei keine Veränderung vorgenommen worden, da der Lobbyismus einer Veränderung im Steuerrecht eher entgegenstehe. Allein die Diskussion um den Steuersatz bringe keine Gerechtigkeit, sondern wirke sich nur bei höheren Einkommen aus, so Dr. Sohn.

Der Steuervollzug müsse im Allgemeinen früher einsetzen

so der Ansatz der DSTG Niedersachsen. Mehr Personal bedeutet auch mehr Prävention.

Kürzere Prüfungszeiträume bspw. führen dazu, dass Unternehmer mit einer Steuerprüfung durchaus rechnen müssen und Steuererklärungen und Unterlagen somit sorgfältiger erarbeitet werden als es ohne das Damoklesschwert einer evtl. Anschlussprüfung der Fall ist.

Aber auch häufige Lohnsteueraußenprüfungen sind als Prävention notwendig, um zu erreichen, dass der Unternehmer alle gesetzlichen Regelungen beachtet und sich nicht in Sicherheit wiegt.

Als letzten Punkt sprechen die DSTGler das immer weiter schwindende Vertrauen in die Politik an.

Aktuell wird die Entnahme aus der Niedersächsischen Versorgungsrücklage und die Einstellung der Zahlungen in das Sondervermögen ab dem Haushaltsjahr 2010 geplant.

Versorgungsrücklagen werden aufgrund des § 14a Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) beim Bund und den Ländern gebildet, um die angesichts der demo-





## Aus dem Landesvorstand

graphischen Entwicklung und der zunehmenden Zahl von Versorgungsempfängern steigenden Versorgungsleistungen zu sichern. Hierzu wurden die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen in den Jahren nach 1999 in gleichmäßigen Schritten um jeweils 0,2 % vermindert.

Der Unterschiedsbetrag zur vollen Besoldungs- und Versorgungserhöhung wurde einem beim Bund und den Ländern gebildeten Sondervermögen zugeführt.

Die DSTG machte deutlich, dieser Fond müsse unangetastet bleiben.

Wie auch mit allen anderen Parteien vereinbarten die DSTGler mit Herrn Dr. Sohn und Herrn Rössel weiterhin im Kontakt zu bleiben.

---

### Zur FDP-Fraktion

Wer die Ausführungen über die politischen Gespräche verfolgt hat, wird gesehen haben, dass ein Gespräch mit der FDP-Fraktion bisher noch nicht erfolgt ist. Wegen von beiden Seiten nicht zu vertretender terminlicher Schwierigkeiten konnte es bisher dazu noch nicht kommen.

Die DSTG trug zwischenzeitlich dem haushaltspolitischen Sprecher der FDP Fraktion, Klaus Rickert, ihre Anliegen schriftlich vor. In seinem Antwortschreiben betonte Herr Rickert, er hoffe das Gespräch mit uns zu Beginn des neuen Jahres führen zu können.

---

*Fortsetzung von Seite 2*

wurde deutlich, dass zum einen die Auflösung beschlossen worden ist, ohne den nach § 10 des NVersRücklG gebildeten Beirat, der nach Abs. 2 über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu unterrichten gewesen war, zu hören und zum anderen natürlich nicht an die zurückgezahlt worden ist, die eingezahlt haben. Es wird Aufgabe des NBB sein, gegenüber der Politik eine klare und eindeutige Aussage und Marschrichtung für alle Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung durchzusetzen.

Wir von der DSTG erwarten,

dass die Problematik klar benannt und für unsere Kolleginnen und Kollegen gelöst wird.

Die Anträge der DSTG Niedersachsen beinhalteten u.a. die Themen: amtsangemessene Besoldung, Jubiläumszuwendungen für alle Besoldungsgruppen, Leistungszulagen und Prämien, Altersteilzeit, Eingangssämter nach A 8 und A 11, Regelbeförderung, Fahrtkostenerstattung für die Benutzung privater Pkw und einige andere.

Der Antrag zur Anhebung der Altersgrenze der Jugend- und

Auszubildendenvertretung wurde von den Delegierten des Landesgewerkschaftstages abgelehnt, der Antrag zum Streikrecht ebenfalls.

Tatsache ist aber, dass die Personalsituation, immer weitere Arbeitsverdichtung und nicht hinnehmbare Beförderungswartezeiten, sowie die nicht vorhandene amtsangemessene Alimentation nicht dazu beitragen, dass unserer Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben mit Freude am Arbeitsplatz erledigen.

Insofern sind hier Verbesserungen unbedingt notwendig.





**Sonder-Kündigungsrecht  
Teure Autoversicherung –  
jetzt noch kündigen und zur  
HUK-COBURG wechseln.**



**Jetzt noch wechseln**

Hat Ihre Versicherung den Beitrag erhöht? Dann können Sie Ihre Autoversicherung innerhalb eines Monats nach Erhalt der Rechnung kündigen. Wechseln Sie am besten direkt zur HUK-COBURG. Es lohnt sich für Sie.

**Mit uns fahren Sie günstiger:**

- TOP-Schadenservice
- Zertifizierte Partnerwerkstätten
- Niedrige Beiträge

**dbb-Extrabonus 25 € für Sie als Neukunde**

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 € dbb-Extrabonus, wenn Sie als Neukunde mit Ihrem Pkw zur HUK-COBURG wechseln.

**GESCHÄFTSSTELLE**

**Hannover**  
Telefax 0511 1677275  
Lange Laube 20  
30159 Hannover

**GESCHÄFTSSTELLE**

**Bremen**  
Telefax 0421 5904275  
Am Brill 18  
28195 Bremen



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

### Hauptversammlung des DSTG Ortsverbandes Delmenhorst

Am 29.09.2009 hatte der Vorstand des Ortsverbandes Delmenhorst zur Hauptversammlung eingeladen.

Zunächst begrüßte der Vorsitzende Peter Pforr unter den aktiven Beamten und Pensionären auch den Landesvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer. Als Gastgeschenk brachte er zur Freude unseres Kassenswartes einen Gutschein i.H.v. 100 EUR mit.



Anschließend berichtete Peter Pforr über die aktuelle Situation des Ortsverbandes Delmenhorst.

Er teilte u. a. mit, dass Anke-Christine Schmager die Aufgabe als Vorsitzende der DSTG-Jugend im Ortsverband von Jan Badberg übernommen hat.

Dr. Thorsten Eichenauer ließ es sich dann auch nicht nehmen, ein paar Worte zu den Anwesenden zu sprechen. Er trug Interessantes aus der Gewerkschaftsarbeit vor. Er sprach z. B. die Besoldungserhöhung ab 1.03.09 um 3 % und ab 1.03.10 um weitere 1,2 % an. Trotz leerer Haushaltskassen war das ein Erfolg.

Unter dem Tagungsordnungspunkt 3 wurden die Ehrungen vorgenommen. Peter Pforr und Dr. Thorsten Eichenauer dankten gemeinsam den nachfolgenden Mitgliedern für langjährige Zugehörigkeit und zeichneten sie mit Ehrennadeln aus.

40 Jahre Mitgliedschaft: Franz Rohlf

25 Jahre Mitgliedschaft: Elke Isenberg, Bettina Reikischke, Claus Börries, Christoph Pelka, Michael Moschner und Martin Kötting

Nach Verabschiedung der neuen Geschäftsordnung sowie der Abgabe des Kassenberichtes mit der anschließenden Entlastung des alten Vorstandes konnte der neue Vorstand gewählt werden.

Peter Pforr wollte den Vorsitz nach vielen Jahren in jüngere Hände abgeben. Wegen zusätzlich übernommener Arbeiten im Landesvorstand der DSTG fehlt ihm die Zeit für die nötige Mitgliederwerbung und -betreuung vor Ort. **Die Vorstandsmitglieder danken auf diesem Wege noch einmal ihrem Vorsitzenden für seine jahrelange Tätigkeit.**

Es wurden dann einstimmig gewählt:

zum ersten Vorsitzenden:	Jan Badberg
zum Stellvertreter:	Torsten Brauner
zum Kassenswart:	Michael Schimmelpfennig (Vertreter Wolfgang Schneider)
zum Schriftführer:	Udo Schröder (Vertreterin Heike Neuber)
zum Beisitzer:	Anke-Christine Schmager, Gerd Richter und Peter Pforr

Als Kassenprüfer wurden Werner Niemeyer und Claus Börries in ihrem Amt bestätigt.

Mit einem gemeinsamen Abendessen ging die Veranstaltung zu Ende.

*Jan Badberg, Ortsverband Delmenhorst*

## Aus der Landesjugend

### Herbstseminar vom 29. - 31. Oktober 2009 in Bremen

„Mein Beruf, meine Gewerkschaft, DSTG Das unbekannte Wesen!“ unter diesem Motto stand in diesem Jahr das Herbstseminar der DSTG Jugend.

Am Donnerstagvormittag ging es - nachdem die üblichen organisatorischen Sachen besprochen waren und man sich in einer kurzen Vorstellungsrunde kennen gelernt hatte - direkt ans Thema! Was macht die DSTG? Was macht man im Ortsverband? Was kann ich selbst für die Jugend tun? Jeder berichtete kurz aus seinem eigenen Amt!

Nach dem Mittagessen ging es in zwei Gruppen weiter. Die „alten Hasen“ führten eine Diskussionsrunde, und die „Frischlinge“ befassten sich erstmal mit dem Aufbau der DSTG, des dbb und der Struktur der Personalräte.

Danach ging es in Gruppen an einzelne Themen. Mitgliedergewinnung und -betreuung, Organisation von Protest- und Freizeitveranstaltungen waren Themen, die die Gruppen in den nächsten beiden Tagen bearbeiteten und den anderen Teilnehmer vorstellen sollten. Der erste Abend wurde zum Kennenlernen genutzt, und am Freitag wurden kräftig die Kugeln geschoben: Bowling stand auf dem Programm.

Hier gesellte sich auch Günther Abeling als Abordnung des Geschäftsführenden Vorstands dazu, der am Samstagvormittag den Fragen der Teilnehmer Rede und Antwort stand. Insgesamt war das Herbstseminar wieder eine runde Sache, wenn wir auch hoffen, dass die Teilnehmerzahl wieder etwas ansteigt! Falls jemand Ideen für das Thema des nächsten Herbstseminars hat, darf er sich gerne an die Landesjugendleitung wenden!

*Ute Wellkamp, DSTG-Landesjugendleiterin*

## Aus dem Landesvorstand

### Erfolgreichste Mitgliederwerbung 2008 - Glückwunsch nach Stade an Julia Kohnen

Liebe Julia,

Deine DSTG gratuliert Dir zu Deiner Auszeichnung als besonders erfolgreiche Werberin neuer Mitglieder. Du hast Dich auf unserem Landesverbandstag als Schriftführerin und im Finanzamt Stade als Ortsverbandsvorsitzende erfolgreich für Deine Gewerkschaft engagiert.

Durch Deinen Einsatz und Deine Überzeugungskraft ist es Dir gelungen, neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Dafür danken wir Dir sehr herzlich und freuen uns mit Dir über Deine Auszeichnung.

Weiterhin viel Freude an und Erfolg bei der Gewerkschaftsarbeit wünscht Dir

*der  
DSTG Landesvorstand.*



### Sitzung des Ehrenrats am 18. November 2009

Am 18. November 2009 traf sich der Ehrenrat zu seiner zweiten Sitzung in 2009. Vom Ehrenrat waren anwesend die Kollegin Christa Seever sowie die Kollegen Werner Luerßen, Günter Jaenicke, Christoph Duensing und Jürgen Hüper. Für den geschäftsführenden Vorstand konnte Kollege Hüper den Landesvorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer sowie die Kollegin Veronika Deppe und die Kollegen Günther Abeling und Markus Plachta begrüßen.

Zu Beginn der Sitzung gedachten die Teilnehmer noch einmal unseres im Mai verstorbenen Ehrenmitglieds Kurt-Heinrich Maier.

Der Landesvorsitzende informierte über aktuelle Themen, die die tägliche Arbeit in und für die DSTG beeinflussen. Einen breiten Raum nahm die Diskussion über den vorzeitigen Griff in die Versorgungsrücklage durch die Landesregierung ein.

Auch wenn diese Maßnahme juristisch zulässig sein sollte, löst sie doch erhebliche Proteste in der Mitgliedschaft aus und steigert das ohnehin schon vorhandene Misstrauen bei den Beschäftigten. Welches Vertrauen soll der Politik denn überhaupt noch entgegengebracht werden?

Dieses politische Handeln hat u.a. dazu geführt, dass von der

DSTG auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb Niedersachsen der Antrag auf ein Streikrecht für Beamte eingebracht wurde, der allerdings von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch die öffentlichen Haushalte erreicht. Hohe Neuverschuldungen und Ausgabenreduzierungen wecken bei vielen Beschäftigten unguete Gefühle, haben wir alle in den letzten Jahren doch bereits genügend zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.

Abzuwarten bleibt in diesem Zusammenhang der Ausgang der Musterklage zur amtsangemessenen Alimentation, die dem BVerfG zur Entscheidung vorliegt, nachdem das VerwG Braunschweig eine Unteralimentierung von rd. 8 % und Verfassungswidrigkeit festgestellt hat.

Vor diesem Hintergrund waren die mit den Landtagsfraktionen geführten Gespräche zu weiteren Stellenhebungen und anderen Verbesserungen wenig von Erfolg gekrönt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn aus dem Kollegenkreis immer häufiger der Wunsch nach Wiedereinführung der Altersteilzeit oder anderen Möglichkeiten des früheren Ausscheidens aus der alltäglichen Treitmühle laut wird.

Mit einem feierlichen Festakt

wurde Anfang Juni in Berlin das 60jährige Bestehen der DSTG gefeiert. Die Gründungsversammlung fand am 2. Juni 1949 in Beverungen (also in Niedersachsen) statt und zum 1. Vorsitzenden wurde mit Theodor Fockele ein Beamter aus Niedersachsen gewählt.

Unser Landesverband hat auf eine große Feier verzichtet und übergibt statt dessen anlässlich der in diesem Jahr stattfindenden Ortsverbandsversammlung den Ortsverbänden einen Gutschein über 100,- €, sofern ein Mitglied des Landesvorstandes eingeladen wird bzw. wurde. Damit soll die Arbeit vor Ort gewürdigt werden.

Aus den anregenden Diskussionen konnte erkannt werden, dass viele Dinge, die heute aktuell sind, auch in der Vergangenheit schon einmal eine Rolle gespielt haben.

Mit diesem für alle Beteiligten erfolgreichen Meinungsaustausch konnte der Vorsitzende des Ehrenrats diese Sitzung schließen.

*Jürgen Hüper  
Ehrenratsvorsitzender*



Wir wünschen allen Leserinnen  
und Lesern  
besinnliche Feiertage  
und einen gelungenen Start ins  
neue  
Jahr 2010!

### Personalgruppenleiter Jürgen Henke im Ruhestand

In seiner Sitzung im Oktober 2009 verabschiedeten die Mitglieder des Bezirkspersonalrates (Land) den Personalgruppenleiter Herrn Henke mit einem kleinen Präsent. Herr Henke war seit Jahren in der Oberfinanzdirektion Hannover als StH 1 für Fragen und Entscheidungen im Bereich des Personalkörpers des nachgeordneten Bereiches zuständig.

Die Mitglieder in den Personalvertretungen kennen Herrn Henke aus vielen Bezirkstagungen des Bezirkspersonalrates (Land). Seine Ausführungen zu Beurteilungen, Besetzungen höherwertiger

Dienstposten etc. waren immer von Verbindlichkeit und Fachkompetenz geprägt. Wir wünschen ihm für seinen Ruhestand alles Gute.



(von links): Jürgen Henke, Günther Abeling



### Oberfinanzdirektion seit 01. Juli 2009 unter neuer Führung

Am 1. Juli 2009 hat Ernst-Günter Kapitza seinen Dienst als Oberfinanzpräsident im Hause der Oberfinanzdirektion Hannover angetreten.

Herr Kapitza ist 1983 beim Finanzamt Hannover Nord in die Finanzverwaltung eingetreten. 1984/1985 war er bereits in der Oberfinanzdirektion Hannover tätig, bevor er im Jahre 1985 an das Niedersächsische Finanzministerium wechselte. Neben der Tätigkeit als Referatsleiter war er Vertreter des Landes beim Arbeitgeberverband TdL sowie in den Organen der VBL.

Herr Kapitza ist der Nachfolger des am 30.06.2009 in den Ruhestand getretenen ehemaligen Oberfinanzpräsidenten Herrn Franke. Vor dem Hintergrund der anstehenden Umstrukturierung der Oberfinanzdirektion Hannover und der damit verbundenen Veränderungen hat er eine Aufgabe übernommen, die sicherlich von ganz besonderen Herausforderungen geprägt ist. Wir wünschen ihm immer eine gute Entscheidung

## AKTUELLES - Kurz notiert:

### NPersVG geändert

Im Zusammenhang mit dem Niedersächsischen Gesetz zur landesweiten Umsetzung der mit dem Modellkommunen-Gesetz erprobten Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume (NEKHG) vom 28. 10. 2009 (Nds. GVBl. S. 366) ist auch das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz geändert worden.

Betroffen hiervon sind zwei Mitbestimmungstatbestände, nämlich die Umsetzung innerhalb eines Finanzamtes gegen den Willen einer Kollegin/eines Kollegen, wenn die Umsetzung den Zeitraum von drei Monaten übersteigt. Diese Umsetzung unterliegt nunmehr nicht mehr der Mitbestimmung des Personalrates. Des Weiteren unterliegt auch die Ablehnung eines Antrages auf Sonderurlaub nicht mehr der Mitbestimmung des Personalrates.

Bitte wenden Sie sich in beiden Fällen mit Ihren Fragen und Wünschen an die Vertreter/innen Ihres Ortsverbandes, bzw. Ihrer Personalvertretung. Beide werden Ihnen bei der Klärung der Frage, ob eine Umsetzung ggf. rückgängig gemacht werden kann, oder ob Ihnen der begehrte Sonderurlaub zusteht, Hilfestellung leisten können.

### DSTG-Landesfrauensitzung am 16.11.2009 in Hannover

Am 16.11.2009 konnte die Vorsitzende der DSTG-Frauen, Angelika Podschadly, im Sitzungssaal des FA Hannover-Nord rund 40 Frauenvertretungen aus den Ortsverbänden zur diesjährigen Landesfrauensitzung begrüßen.

Am Vormittag erläuterte Angelika Podschadly zunächst ihren schriftlichen Tätigkeitsbericht, der anschließend ausführlich diskutiert wurde. Schwerpunkt war das Thema „Gesundheit managen für Frauen / Gesund leben & erfolgreich arbeiten“. Ein entsprechendes Seminar hatte die Vorsitzende in der dbb Akademie in Königswinter besucht. Inhalt dieses Seminars waren „Stressbewältigung“ und „Zeitmanagement“, die Vereinbarung von Arbeit,

Familie und Freizeit. Die Diskussion ergab, dass „Stressbewältigung“ für fast alle anwesenden Frauen ein wichtiges Thema ist. Der Vorschlag, dieses Thema für die nächste Frauensitzung im Jahr 2010 vorzusehen, fand allgemeine Zustimmung. Die Kollegin Podschadly wird sich um entsprechende fachliche Unterstützung und Räumlichkeiten bemühen. Angestrebt wird eine 2-tägige Sitzung im November nächsten Jahres.

Über die Frauenpolitische Fachtagung der dbb-Frauen unter dem Thema „Sind Frauen und Männer gleich?“ berichtete ausführlich Kerstin Rhode - Fauerbach.

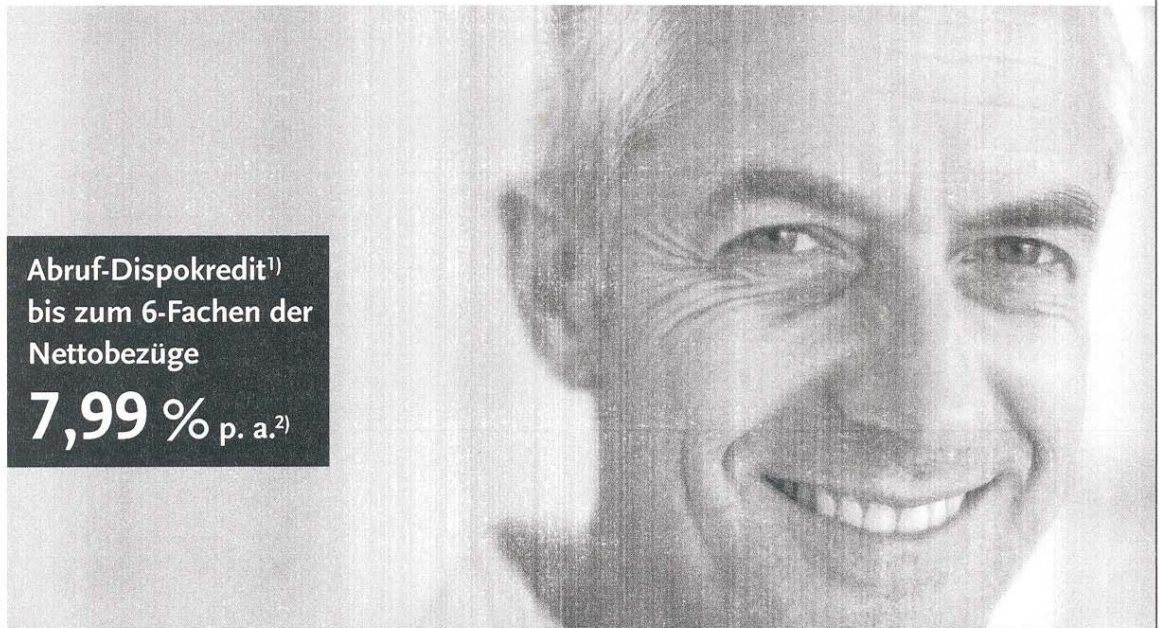
Über die Arbeit des HPR (Steuer) unterrichtete Angelika Diedrich für die dienstlich verhinderte Veronika Deppe (Vorsitzende des HPR).

Zu den allgemeinen gewerkschaftlichen Themen in Niedersachsen sprach der Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer.

Am Nachmittag war die Vorsitzende der DSTG-Bundesfrauenvertretung, Andrea Sauer-Schnieber, zu Gast und hielt ein Referat zum Thema „Versorgung“. Dabei war von besonderem Interesse, wie sich die Versorgung aus Sicht der Frauen bis zum heutigen Tag entwickelt und dabei immer weiter verschlechtert hat. Die Höchstversorgung erreichen die Frauen nicht, wenn sie Teilzeit und Beurlaubungszeiten wegen Kinderbetreuung und /oder Pflege in ihrer beruflichen Laufbahn vorzuweisen haben. Eine zusätzliche private Vorsorge ist sehr wichtig, dieses sollte der sehr engagiert gehaltene Vortrag von Andrea Sauer Schnieber aufzeigen. Die rege Diskussion zeigte dann auch, wie sehr das Thema alle berührt.

*Angelika Podschadly, DSTG Landesfrauvertretung*





Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 6-Fachen der  
Nettozüge  
**7,99 % p. a.<sup>2)</sup>**

<sup>1)</sup> Bei entsprechender Bonität  
<sup>2)</sup> Kondition freibleibend  
<sup>3)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)

**0,** Euro

## Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### 0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard Service-Netzes.

### + Abruf-Dispokredit<sup>1) 3)</sup>

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettozüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

### + 0,- Euro Depot<sup>3)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

### Jetzt informieren:

Ingo Muhs, Kundenberater Öffentlicher Dienst  
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail [ingo.muhs@bbbank.de](mailto:ingo.muhs@bbbank.de)  
[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

+ 30,- Euro Startgut-  
haben über das dbb  
vorsorgewerk.  
Für Berufsanfänger  
sogar 30,- Euro pro  
Ausbildungsjahr  
(max. 3 Jahre)

 **dbb**  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

 **Stiftung Warentest**  
**Finanztest**  
**Kostenlos mit sicheren Onlinebanking-Verfahren**  
Klassik-/Direktkonto der BBBank  
Im Test:  
154 Girokonten von 73 Banken  
Ausgabe 2/2008

**BB**  **Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst